



Die Zielzahlen sind sicher ..., oder?!

Die Beratungen für den Doppelhaushalt in den Jahren 2014 und 2015 stehen vor der Tür. Das gibt Anlass, uns an dieser Stelle mit den Faktoren auseinanderzusetzen, die maßgeblichen Einfluss auf die Haushaltsaufstellung ausüben. In diesem Zusammenhang werden wir uns zwangsläufig auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob die Polizei mit einem weiteren Personalabbau zu rechnen hat, was von den politisch Verantwortlichen der Regierungskoalition immer wieder abgestritten wurde.

Die Föderalismusreform II verlangt, dass das Land Bremen bis zum Jahr 2020 sein „strukturelles Haushaltsdefizit“ abbaut. Das klingt kompliziert, ist aber eigentlich ganz einfach. Stellen wir uns vor, unser gesamtes Gehalt geht für Fixkosten drauf. Für Miete, für Anschaffungskredite, für Versicherungen, Energiekosten etc. pp. Zum Leben bleibt uns kein Cent mehr übrig. Dann haben wir ein „strukturelles Haushaltsdefizit“. Wir werden die größten Kostenfaktoren reduzieren müssen, um nicht von Moskau Inkasso heimgesucht zu werden. Wir ziehen in eine noch kleinere Wohnung, verkaufen den gebrauchten VW-Polo und tragen im Winter dicke Pullover, um die Heizkosten zu senken. Wir drücken sozusagen auf die „Schuldenbremse“.

Personal ist größter Kostenfaktor

Einer der wesentlichen Kostenfaktoren des Landes Bremen ist das Personal des öffentlichen Dienstes. Um diesen Faktor zu reduzieren, gibt es PEP. Leider nicht Pep Guardiola, wie bei Bayern München, sondern PEP-Quote. Die PEP-Quote wurde in den Neunzigerjahren erfunden. PEP steht für PersonalEntwicklungsProgramm. Das hatte vielleicht mal einen Sinn, weil es das ursprüngliche Ziel war,

die Qualität des Personals bei gleichzeitiger Personalreduzierung zu verbessern. Mittlerweile ist die PEP-Quote ein Instrument, das ausschließlich dem Personalabbau im Rasenmäherprinzip, also ohne inhaltlichen Bezug, dient. Die PEP-Quote müsste in folgedessen „PersonalAbBauquote“ PAB-Quote, heißen.

Jetzt können sich alle Beschäftigten der Polizei zurücklehnen, denn die PEP- oder PAP- oder Wie-auch-immer-Quote gilt schließlich nicht für die Polizei. Glauben zumindest die meisten. Weil die politisch Verantwortlichen das ja auch immer wieder betonen und weil es doch auch schon vor der Wahl schriftlich erklärt wurde.

Versteckte PEP-Quote bei der Polizei

So hat doch die SPD in ihrem als „Regierungsprogramm“ deklarierten Wahlprogramm vor der Bürgerschaftswahl 2011 schriftlich erklärt:

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Voraussetzung für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung ist eine adäquate Personalausstattung der Polizei. Aufgabenzuwachs verträgt sich nicht mit Personalabbau. Darum werden wir bei der Polizei trotz der schwierigen Haushaltslage keine Personaleinsparungen vornehmen und den Personalbestand auf dem jetzigen Niveau halten.

Weiter hieß es dort im Übrigen:

Dafür werden wir in der nächsten Legislaturperiode mindestens 440 neue Polizistinnen und Polizisten für die Polizei Bremen und 100 für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven, an deren organisatorischer Eigenständigkeit wir festhalten, einstellen.

Aus den versprochenen 540 wurden dann zwar nur 270, aber wer wird da schon kleinlich sein.

Bei den Grünen hieß es:

Grundlage einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik ist eine gut ausgestattete Polizei. Wir

haben die Ausbildungszahlen drastisch erhöht und damit dazu beigetragen, dass nicht weiter Personal bei der Polizei abgebaut wird. Wir wollen auch in den nächsten Jahren die Arbeit der Polizei durch bedarfsgerechte Ausbildung sichern.

Das klingt schon vorsichtiger, oder? „Wir wollen ...“ – Der Geist der Grünen mag willig gewesen sein, die Finanzsenatorin war es jedenfalls nicht. Denn weil die CDU sich vor der Wahl gerade selbst verdaute, konnten zeitgleich mit dem Entwurf der Wahlprogramme bereits die Koalitionsvereinbarungen verfasst werden. Und darin wurde eine PEP-Quote von durchschnittlichen 1,5% pro Jahr festgeschrieben. Die 1,5% wurden gewichtet. Den senatorischen Dienststellen und internen Servicebereichen wurde auferlegt, 2,6% pro Jahr, also mehr als ein Zehntel ihres Personals in der Legislaturperiode einzusparen. Dafür wurde die Quote für Polizei und Schule reduziert und mit 1,2% veranschlagt. Das sind im Verlaufe der Legislaturperiode 2011 bis 2015 bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven rund 140 Stellen! Soweit zu der Erklärung, die Polizei habe keine PEP-Quote!

Senator für Inneres muss Personalhaushalt um 10 Millionen Euro kürzen

Und jetzt wird es „politisch“, was in diesem Fall bedeutet, dass es mehrere Wahrheiten gibt. Die Finanzsenatorin geht davon aus, dass der Innensenator seinen Personalkostenhaushalt bis zum Ende der Legislaturperiode nachhaltig um schlappe 10 Millionen Euro reduziert und überweist ihm dementsprechend gekürzte Zuweisungen. Der Innensenator wiederum hat im Rahmen der gleichen Koalitionsvereinbarungen erklärt, dass es gelingen wird, die Einsparungen mit Hil-



LANDESVORSTAND

fe „struktureller“ – ein Lieblingswort von Politikern – Maßnahmen zu erbringen.

„Die durchschnittlichen Personalkosten für Ausbildung, Vergütung und Versorgung werden reduziert“, heißt es unter „Polizei“. Genauso, wie es die Finanzsenatorin vorgegeben hat. Und dann folgt der Plan des Innensensors: „Hierzu ist die Lebensarbeitszeit zeitnah zu verlängern und die Besoldung der zu übernehmenden Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare für die Dauer der Probezeit abzusenken. Einfache polizeiliche Funktionen (bis zu 30 Stellen) werden zukünftig von Angestellten im Polizeivollzugsdienst wahrgenommen.“

TERMIN

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe 2013, Landesjournal Bremen, ist der 9. September 2013.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

Bilanzieren wir kurz:

Die Lebensarbeitszeit wurde verlängert. Das verursacht nicht nur in der laufenden Legislaturperiode, sondern bis 2020 nicht weniger, sondern mehr Kosten.

Die Besoldung für Anwärter/-innen nach der Ausbildung abzusenken wäre ein Skandal gewesen. Darauf wurde verzichtet.

„Angestellte“ gibt es seit Einführung der TV/L und TVöD nicht mehr. Das mag wie Haarspalterei klingen. Die falsche Begrifflichkeit beweist aber, dass der letzte Satz im zitierten Absatz von Menschen verfasst wurde, die von Personalangelegenheiten nicht die geringste Ahnung haben. Wir wissen nicht, was daraus wurde. Auf jeden Fall spart man durch die Umwandlung von Beamtenstellen in Stellen für Arbeitnehmer kein Geld.

Der Innensenator hat also nichts eingespart. Er wohnt immer noch in seiner Wohnung, fährt munter im Polo durch die Gegend und kuschelt sich im Winter an den auf 17 Grad erwärmten Heizkörpern. Die Finanzsenatorin lässt aber nicht locker und teilt dem Innensenator mit, dass der Senat der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen der Eckwertbeschlüsse für die Haushalte 2014/2015 vorgegeben hat, dass grundsätzlich die bisherige PEP-Rate von 1,2% für Polizei aufrechterhalten bleibt.

Irgendwann platzt die Blase

Das Ende ist offen. Der Innensenator wird weiter vergeblich versuchen, die PEP-Quote ohne Personalabbau zu erbringen, und irgendwann platzt die Blase. Man muss kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, was dann folgt. Und weil kein Regierungspolitiker das Kreuz hat, die logische Konsequenz auszusprechen, müssen wir es tun: Es wird einen weiteren erheblichen Personalabbau bei der Polizei geben. Und am Ende der Legislaturperiode werden wir zurückblicken auf eine sinnlose Verlängerung der Lebensarbeitszeit, auf eine skandalöse Tarifübernahme und einen Personalabbau, den angeblich keiner wollte.

„Wichtig wird es sein, trotz der abnehmenden Zahl an Beschäftigten, die Qualität der staatlichen Dienstleistungen mindestens zu erhalten und in Teilen zu verbessern!“

Das ist kein Zitat aus den Personalleitlinien der Deutschen Bahn, sondern ebenfalls aus den Koalitionsvereinbarungen unserer rot-grünen Regierung. Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir die Koalitionäre auf, diesen Satz öffentlich zu korrigieren und die Bürgerinnen und Bürger darauf vorzubereiten, dass sich die polizeilichen Leistungen bei einem weiteren Personalabbau spür- und messbar verschlechtern werden.

Jörg Eilers



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Anzeige



... Sie uns zur Informationsveranstaltung zum Thema betriebliche Altersvorsorge. Wir informieren Sie über Vorsorgemöglichkeiten, staatliche Förderung und wie Sie Ihren Lebensstandard im Alter besser absichern können.

VBL. Die Altersvorsorge für den öffentlichen Dienst.
www.vbl.de



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Trotz Sommerwetters ziehen dunkle Wolken auf

Viele drängenden Probleme in der Schutzpolizei sind ungelöst. Sie sind den Verantwortlichen in der Politik und in der Polizei seit Langem bekannt. Die Lösung der Probleme lässt allerdings auf sich warten, bei vielen Themen entsteht der Eindruck, an den Lösungen wird gar nicht gearbeitet. Eine gute Gelegenheit zur Nachfrage bot das Fachgruppenseminar der Schutzpolizei.

Der Leiter der Schutzpolizei, Rainer Zottmann, folgte neben den Teilnehmern vom ESD, KOP, ZED, Bürgerservice, TI-Prozess, Revierleitung und Führungsgruppe unserer Einladung und stand vielen, teils sehr kritischen Redebeiträgen der Kollegen Rede und Antwort.

Leider war der Polizeipräsident in diesem Jahr verhindert, auch er wäre gern erschienen. Er hat aber bereits für das nächste Jahr zugesagt.

Nach der Begrüßung durch den neuen Seminarleiter Nils Winter und kurzer Vorstellungsrunde der Seminarteilnehmer wurde von Jochen Kopelke die „Beiß- und Spuckschutzproblematik“ mit aktuellem Sachstand dargelegt.

Beiß- und Spuckschutz

Der 14-tägige Probelauf in der PI Mitte ist mittlerweile abgeschlossen. Während dieses Probelaufes kam es zu keinem Einsatz des Beiß- und Spuckschutzes, was zeigt, dass dieses schützende Einsatzmittel nicht bei jedem Beschuldigten/Tatverdächtigen (wie von mehreren Politikern vermutet), sondern nur in extremen Ausnahmefällen eingesetzt wird.

Das Thema ist aber keineswegs vom Tisch, allerdings ist der Weg extrem steinig. Die Politik ist nur schwer von der Notwendigkeit zu überzeugen; es gibt immer noch zu viele Kritiker. Selbst die DGB-Jugend sieht den Einsatz des Beiß- und Spuckschutzes sehr kritisch. Ein zweiter Probelauf ist nun landesweit in Vorbereitung, hoffen wir, dass durch Fallbeispiele die Kritiker überzeugt werden können.

Sicherheit in den Gewahrsamszellen

Daniel Alves-Dionisio schilderte uns im Anschluss die aktuelle Problematik

der Sicherheit in Zellenbereichen des ESD (siehe hierzu den Bericht in der Juli-Ausgabe dieser Zeitung).

Es besteht somit dringender Handlungsbedarf, kurzfristige Lösungsvorschläge werden derzeit erarbeitet.

Dennoch ist die langfristige Forderung der GdP hier das Einrichten eines Zentralgewahrsams, wie es in anderen Städten bereits seit Jahren erfolgreich betrieben wird.

Nach der Mittagspause erarbeiteten wir in Arbeitsgruppen klare For-

nicht vorhanden), Installation von Klimaanlage an ESD-Standorten

- 445 „Beschäftigungsvolumen“ im ESD, Neuberechnung erforderlich, „Warenkorblüge“ (bislang nur neue Aufgaben dazu, nicht mehr machbar)
- Fachkarrieren gibt es nicht, bei A 10 ist im ESD Schluss, Zugang zum polizeilichen Ermittler in die Ausbildung integrieren, darf kein Hindernis sein, um Zugang zu bestimmten Stellen zu bekommen, direktionsübergreifende Beurteilungen nötig



V. li. n. re.: Jörg Kleischmann, Daniel Alves-Dionisio, Torsten Diekmann, Rainer Zottmann, Nils Winter und Rainer Schwiebert

derungen an den Leiter der Schutzpolizei sowie die übrige Polizeiführung, insbesondere zu den Themen Ausstattung, Überlastung, Bewertung/Beurteilung/Fachkarrieren, Tossenspapier 2011/2012.

Bei zukünftigen Treffen der Fachgruppe Schutzpolizei mit Herrn Zottmann erhoffen wir uns, dass mindestens eine dieser Forderungen abgearbeitet ist, und wir sie als erledigt betrachten können.

Im Anschluss wurden Herrn Zottmann unsere Arbeitsergebnisse mit der eindeutigen Forderung nach Klärung, Umsetzung und Verbesserung präsentiert und ihm die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben:

- Anschaffung Taser, Verbesserung Schutzausstattung AHS, Anschaffung Navigationsgeräte, Funkproblematik Zivildfahrzeuge (teilweise

- „Märchen“ vom Projekt Schichtplan, dieser ist 50 Jahre alt und nachweislich gesundheitsschädlich, Personalnachsteuerung erfolgt nicht, Unterschreitungen von Stärken an der Tagesordnung, altersgerechte Personalsteuerung kaum spürbar, bei Sportlerlass/GPSV/Dienstsport blickt keiner mehr durch, Regelung dringend erforderlich, Lösung zum Überstundenabbau notwendig, Digitalfunk weiterhin nicht voll funktionsfähig, immer noch 4 m analog.

Antworten vom Leiter Schutzpolizei

Die einleitende Kernaussage von Herrn Zottmann war, dass die meisten der Probleme mit mehr finanziellen Mitteln zu lösen seien. Er legte dar, dass die zur Verfügung stehenden



Mittel die geforderten um ein Vielfaches unterschreiten und die Handlungsmöglichkeiten aufgrund des fehlenden Geldes sehr begrenzt seien.

Bezüglich der „Gewahrsamsproblematik“ besteht ein aktueller Auftrag, diese anzugehen. Hierbei werden verschiedene Lösungsansätze geprüft, darunter auch die Einrichtung eines Zentralgewahrsams und eine Videoüberwachung der Zellen.

Personell sei der ESD gut aufgestellt, man habe sogar einen rechnerischen Überhang. Sollte die „445“ allerdings unterschritten werden, dann werde man sich Gedanken über eine Umsteuerung von Personal aus dem ZED zum ESD machen müssen, dies sei für Herrn Zottmann die einzig vertretbare Alternative.

Fachkarrieren sollten gefördert werden, jeder muss mindestens A 10 werden können. Vorschläge hierzu werden aktuell geprüft.

Selbstverständlich soll Fachwissen beim ESD erhalten bleiben, Spezialwissen soll intensiv gefördert werden, denn ESD „kann“ eben nicht jeder, wie allgemein weit verbreitet angenommen wird.

Die Ablehnung des bedarfsorientierten Schichtplans beim ESD durch die GdP wird so akzeptiert und ist vom Tisch. Eine Umgestaltung des aktuellen Schichtplans soll jedoch nur auf ausdrücklichen Wunsch der Kollegenschaft/Gewerkschaften stattfinden. Von sich aus sehe die Führung hier keinerlei Handlungsbedarf, zumal ein Vorstoß ihrerseits eher miss-

trauisch gesehen werden dürfte. Der erste Schritt müsse hier definitiv aus der Kollegenschaft kommen.

Die Alternative und der Vorschlag von Herrn Zottmann wären eine Anhebung von Schichtzulage und DUZ, mehr Urlaub und eine Besoldung nach A 10 für jeden im ESD, damit einhergehend jedoch ein verpflichtender Wechsel in den Tagesdienst mit 45 Jahren.

So gut dies erstmal klingen mag, die Umsetzung und Finanzierung dürfte sich erfahrungsgemäß „etwas ziehen“.

Die Rufbereitschaft für Samstagnacht wird vom Leiter der Schutzpolizei favorisiert, um Unterschreitungen in den Stärken zu vermeiden. Sollte dies nicht funktionieren, wäre eine Verringerung der Urlaubsquote denkbar.

Kontroverse Diskussion im Anschluss

Die Stellungnahmen von Herrn Zottmann wurden kontrovers diskutiert und Alternativen erörtert.

Vor allem die Einstellung zu einer Rufbereitschaft für den Samstag stieß bei den Kollegen auf wenig Gegenliebe. Von einem Beamten, der an drei von fünf Wochenenden arbeitet, kann nicht ernsthaft erwartet werden, dass dieser noch an einem weiteren zur Verfügung stehen soll.

Auch die „Androhung“ des Reduzierens der Urlaubsquote stieß auf heftige Gegenwehr. Während viele Kollegen an nahezu allen Wochenen-

den und vor allem Feiertagen frei haben und bei ihren Familien sein können, sollen andere noch mehr Wochenenden und somit Freizeit opfern. Eine gerechte Verteilung der Flexibilität sieht deutlich anders aus!

Besoldungsskandal bleibt ein Thema

An den beiden Folgetagen wurden vor allem neue Aktionen gegen den „Besoldungsskandal“ und weitere Protestformen danach besprochen.

Heinfried Keithahn informierte uns als Gastredner über die aktuelle Situation zum Thema Besoldungsanpassung, Signale zur Erhöhung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten und nahm Stellung zu diversen fachgruppenübergreifenden Themen.

Seinen Angaben zufolge gibt es erste Signale für eine Erhöhung des DUZ, welcher schließlich weder zeitgemäß noch angemessen ist.

Auch die Vorbereitung der VL-Wahlen im Herbst dieses Jahres nahm einige Zeit in Anspruch.

Zusammenfassend wurde eines auf dem diesjährigen Seminar klar:

Von all unseren Forderungen, die wir durch unsere Ausarbeitungen auch begründen können, wurde bislang so gut wie nichts erfüllt. Das Thema Beiß- und Spuckschutz ist exemplarisch ein Thema von vielen, das über die Jahre verschleppt wird. Fraglich bleibt, an welcher Stelle es hier hakt...

Kai Rohmeder und Nils Winter

KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Polizei – Filmtipp mit Hintergrund

Unser Beruf hat ein eigenes Filmgenre. Wer kann das schon von sich behaupten? Blöderweise haben die meisten Krimis nichts mit unserem beruflichen Alltag zu tun. Wenn Filmschaffende den Versuch unternehmen, sich ernsthaft mit Polizeiarbeit zu beschäftigen und dabei auch noch ein respektables Ergebnis herauskommt, darf man darüber auch mal berichten.

Selten wurde der Druck, dem Polizeibeamte ausgesetzt sind, so an-

schaulich inszeniert, wie in dem zu Recht vielfach preisgekrönten französischen Spielfilm mit dem seltsam anmutenden deutschen Titel „Polizei“ (kein Schreibfehler). Die Protagonisten des Films sind die Ermittler eines Kommissariats, das in einem Pariser Stadtviertel anlässlich von Delikten gegen Kinder und Jugendliche ermittelt.

Der Film beschreibt die schleichenden zerstörerischen Wirkungen der täglichen Konfrontation mit menschlichen Schicksalen, mit Not und Elend, die häufig persönliche Betroffenheit auslösen. Die Wir-

kung des Stresses bei aggressiven oder sogar gewalttätigen Konflikten. Er beschreibt das Gefühl der Hilf- und Machtlosigkeit, das Gefühl, gegen Windmühlen zu kämpfen. Er offenbart die mangelnde Anerkennung des Berufes bei ausbleibender Wertschätzung durch Vorgesetzte unterschiedlicher Ebenen und den zermürbenden Konkurrenzkampf untereinander oder mit anderen Organisationseinheiten.

Schonungslos werden die Probleme dargestellt, die daraus resultieren, dass sich nicht nur die Arbeits-



KREISGRUPPE BREMERHAVEN

zeiten, sondern auch die inneren Konflikte und Stimmungsschwankungen auf die Familie auswirken. Die Protagonisten vermitteln, wie es ist, mit dem Gefühl zu leben, den Lebenspartner nicht mit dem eigenen Beruf zu belasten und dafür in Kauf zu nehmen, nicht so verstanden zu werden, wie von den Kolleginnen und Kollegen. Der Film beschreibt, wie sich dadurch eine zunehmende Distanz zum Lebenspartner aufbaut, während die Beziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen immer enger werden. Wie das Team zur Ersatzfamilie wird und wie intime Partnerschaften zur Kollegin/zum Kollegen als naheliegende Konsequenz entstehen. Der Film dokumentiert die enorme Kraft aber auch die hohe Zerbrechlichkeit und Brisanz der daraus entstehenden Gruppendynamik.

Die Beamtinnen und Beamten, die in diesem System gefangen sind, nehmen die schleichenden aber dramatischen Wirkungen dieser Prozesse überhaupt nicht wahr. Jeden Tag passen sie sich auf die Neue an. Meistens gelingt ihnen das und manchmal nicht. Dann streiten sie sich, dann verzweifeln sie, dann trennen sie sich, greifen zur Flasche oder bringen sich in dramatischer Überspitzung um.

Auch dem Zuschauer offenbart sich das ganze Dilemma nur, weil der Film seine Geschichte aus der Perspektive einer Außenstehenden erzählt, einer Fotojournalistin, die einen Bericht über das Kommissariat schreiben soll.

Um es vorwegzunehmen, der Film hat kein Happy-End, und er lässt den Zuschauer ratlos zurück. Und weil dem Film zu Recht – bei aller dramaturgischen Überzeichnung – eine hohe Authentizität bescheinigt wird, führt er uns unsere eigene Ratlosigkeit vor Augen.

Wir sollten Angebote der Politik nicht ausschlagen, denn wir brauchen Hilfe. Wir mögen bereits auf dem richtigen Weg sein. Klar, wir haben Stress- und Konfliktbewältigungstrainings. Wir sind in Bremerhaven zu Recht stolz auf die anonyme Fachberatung, aber das Angebot liegt brach, weil wir zwar eine großartige Kultur der Kollegialität pflegen, uns aber vielfach immer noch die Professionalität fehlt, uns zu unseren Krisen zu be-

kennen. Auch weil wir glauben Gefahr zu laufen, nicht mehr ernst genommen zu werden.

Uns fehlen die Frühwarnsysteme, wir erkennen Probleme vielfach erst dann, wenn es zu spät ist. Aber selbst wenn wir mit der Nase darauf gestoßen würden, fehlen uns die Instrumente. Wir müssen dringend neue Wege beschreiten, um Druck vom Kessel zu nehmen. Wir brauchen Supervisionen als Instrumente der Teambildung. Wir brauchen Mediationen bei den häufiger werdenden Kleingruppenkonflikten, die oft zerstörerisch vor sich hinschwelen. Wir brauchen Coaching und Mentoring für unsere Vorgesetzten, die wir zwar qualifizieren, dann aber ins kalte Wasser werfen. Wir brauchen bei zunehmender Arbeitsverdichtung Resilienztrainings, die uns in die Lage versetzen, dem Druck standzuhalten. Wir brauchen psychosoziale Gefährdungsanalysen und eine wirksame Gesundheitsvorsorge.

Wir brauchen aber auch Kolleginnen und Kollegen, die sich auf diese Instrumente einlassen mögen, bevor es zu spät ist.

Das alles kostet und das bedeutet, wir brauchen nicht nur gut gemeinte politische Impulse, sondern

auch die notwendigen Mittel in harter Währung.

Abschließend ein Zitat von SPIEGEL ONLINE zu dem Film:

„Polizei besitzt bei all dem Hässlichen, von dem der Film zu berichten hat, eine Schönheit, die aus seinem Streben nach Wahrfähigkeit stammt.“

Ein schöner und zutreffender Satz, der nicht nur für den Film, sondern auch für unseren Beruf gilt.

Jörg Eilers

Filmtrailer unter
<http://www.youtube.com/watch?v=Whzvikt9k9k>



JUNGE GRUPPE

„Alle Uniformierten sollten näher zusammenrücken!“

Mit diesen Worten umschrieb Rainer Zottmann, Leiter der Schutzpolizei, eine Lösung des Problems. Die Junge Gruppe (GdP) hatte ihn zu einem Gespräch eingeladen, weil Kollegen aus den Einsatzdiensten in diesem Jahr keine Beteiligung an der fachpraktischen Ausbildung der jungen Kolleginnen und Kollegen hatten. Dies ist nach Ansicht der Jungen Gruppe ein nicht vertretbarer Zustand und fordert in Zukunft auch die Einsatzdienste an der Ausbildung zu beteiligen.

Die Ausbildung der jungen Kollegen unterliegt einem stetigen Wandel. Dass die Kollegen inzwischen mit einem Bachelorabschluss die

Ausbildung beenden, ist weitgehend bekannt. Doch dass von der fachpraktischen Ausbildung der jungen Kolleginnen und Kollegen der Einsatzdienst in diesem Jahr vollständig ausgeschlossen wurde, dürfte nicht jedem bekannt gewesen sein.

Die Arbeit des Einsatzdienstes ist nach Ansicht der Jungen Gruppe ein ganz wesentlicher Bestandteil des zu erlernenden Handwerkszeugs in der praktischen Ausbildung. Schließlich bedienen sie die gesamte Bandbreite des polizeilichen Handelns, anders als die Fachdienststellen. In den vergangenen Jahren war die Vielseitigkeit der Praxistrainer aus den verschiedenen Bereichen der Polizei geradezu lobenswert. So waren Praxistrainer





Die Junge Gruppe im Gespräch mit dem Leiter der Schutzpolizei, Rainer Zottmann, zu grundsätzlichen Themen der Ausbildung

aus fast allen Direktionen vertreten und konnten ihr Wissen an die jungen Kolleginnen und Kollegen weitergeben.

In diesem Jahr entsendete die Schutzpolizei nur Kollegen aus den Zivilen Einsatzdiensten.

Hoher Ausbildungsstand soll gehalten werden

Dies nahm die Junge Gruppe zum Anlass, mit den Verantwortlichen Gespräche zu führen. So wurde vorab mit den Praxistrainern und den Studenten gesprochen, um dort ein Meinungsbild einzufangen. Es soll nicht die hervorragende Arbeit der abgeordneten Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung schmälern. Vielmehr soll die Vielseitigkeit erhalten und die Ausbildung weiterhin auf dem jetzigen hohen Stand gehalten werden.

Letztendlich wurde der **Leiter der Schutzpolizei, Rainer Zottmann**, zu einem Gespräch eingeladen, um Hintergründe und Motivlage zu verstehen und gegebenenfalls in Zukunft zu ändern.

An dem Gespräch nahmen für die Junge Gruppe teil: Jens Bley, Fachgruppe Bereitschaftspolizei; Nils Winter, Fachgruppe Schutzpolizei und Maike Buggel, Ausbildungspersonalrat.

In einem durch Offenheit geprägten Gespräch herrschte ziemlich schnell Einstimmigkeit. So befürworteten alle Gesprächsteilnehmer die Teilnahme des Einsatzdienstes an der praktischen Ausbildung. Herr Zottmann machte jedoch klar, dass seine Aufgabe als Leiter der Schutzpolizei primär die

Funktionalität des Einsatzdienstes ist und diese nur unter Einhaltung der 445 Beamten im Einsatzdienst gewährleistet werden könne. An dieser Zahl sei auch nicht zu rütteln. Außerdem sei der Zeitpunkt der großen Praktika eine ungünstige Zeit, weil Urlaubszeit und hohe Einsatzbelastung die Personalstärke beeinträchtigen. Zudem komme, dass die Bereitschaftspolizei ebenfalls an die personelle Grenze stoße und Fehlstellen bei der Schutzpolizei nicht mehr nachbesetzt werden können.

Daher war in diesem Jahr die einzige Möglichkeit für die Schutz-

GdP Kart Cup
2013

21.09.2013
14-19 Uhr

ca.
30€ p.p.
genauer Preis folgt

1h Warm-Up
10 min Qualifying
3 h Rennen

Anmeldungen und weitere Infos:
Geschäftsstelle der GdP o. junge-gruppe@gdp-hb.de

JUNGE GRUPPE  **BB-KART** 



JUNGE GRUPPE

polizei, Kollegen des Zivilen Einsatzdienstes in die Ausbildung zu entsenden. Die Zivilen Einsatzdienste unterliegen keiner Mindeststärke, und das Personal konnte daher ohne Ersatz verwendet werden.

Es wurden kontroverse Lösungsansätze diskutiert. Selbst die Verlegung des Einstellungsdatums schien theoretisch hilfreich. Das brächte vermutlich neue Probleme mit sich und wäre bei der HfÖV wohl undenkbar.

Zuversichtlicher Blick in die Zukunft

Letztendlich sah Herr Zottmann zuversichtlich in die Zukunft. Zumindest in den nächsten zwei Jahren erhofft er sich einen leichten personellen Überhang im ESD. Dann soll sich der Einsatzdienst in gleichen Anteilen an der praktischen Ausbildung beteiligen, wie es zuvor der Fall war. Herr Zottmann warb: „Alle uniformierten Kollegen

sollten näher zusammenrücken.“ Er erhofft sich so unkomplizierte Entscheidungen, um in Zukunft im Sinne der Kollegen handeln zu können. Denn Praxistrainer aus den Reihen des Einsatzdienstes sind wichtig und erwünscht, nach Meinung von Herrn Zottmann und der Jungen Gruppe.

Wir werden das Thema weiter begleiten.

Sebastian Erben

FACHGRUPPE SENIOREN



Erfahrung
gestaltet
Zukunft

Mitgliederversammlung

(Landesseniorenkonferenz)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir laden euch zur Mitgliederversammlung (Landesseniorenkonferenz)
der Gewerkschaft der Polizei - Fachgruppe Senioren -
am Donnerstag, 31. Oktober 2013, 10.00 Uhr, ins
„Hotel Balladins“, August-Bebel-Allee 4, 28239 Bremen, ein.

Tagesordnung (vorläufige):

- TOP 1: Begrüßung /Eröffnung
- TOP 2: Wahl eines(r) Versammlungsleiters(in)
- TOP 3: Feststellung der Beschlussfähigkeit / Beschlussfassung über die Tagesordnung
- TOP 4: Wahl einer Zähl- und Mandatsprüfungskommission
- TOP 5: Gedenken verstorbener Kolleginnen und Kollegen
- TOP 6: Grußworte:
Horst Göbel, Landesbezirksvorsitzender
Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender
Hans Koschnick, Präsident des Senats im Ruhestand
- TOP 7: Bericht des Fachgruppenvorsitzenden
- TOP 8: Aussprache zum TOP 7
- TOP 9: Entlastung des Fachgruppenvorstandes
- TOP 10: Neuwahl des Fachgruppenvorstandes:
10.1 Vorsitzende/r
10.2 Stellv. Vorsitzende/r
10.3 Stellv. Vorsitzende/r mit der Aufgabenzuweisung für Bremerhaven
10.4 Schriftführer/in
10.5 3 Beisitzer/innen
10.6 2 Beisitzer/innen mit der Aufgabenzuweisung für Bremerhaven
- TOP 11: Wahl eines Mitgliedes und Stellvertreters/in für den Landeskontrollausschuss
- TOP 12: Wahl von 2 Mitgliedern für den Landesbeirat
- TOP 13: Wahl der Delegierten für die Bundesseniorenkonferenz
- TOP 14: Wahl der Delegierten für den Landesdelegiertentag
- TOP 15: Beratung von Anträgen
- TOP 16: Verschiedenes
- TOP 17: Schlusswort

Anträge sind bis zum 20. September 2013 beim Vorstand der FG Senioren einzureichen.
Der Tagungsort ist zu erreichen: Mit dem Pkw: BAB A 27 Ausfahrt Bremen-Vahr (Nr. 20) Richtung Innenstadt.
Bus: Linie 24 ab Hauptbahnhof oder Domsheide Richtung Neue Vahr, Haltestelle „August-Bebel-Allee“
Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldungen bis zum 16. Okt. 2013, Tel. (0421) 9495855
oder E-Mail: seniorengruppe@gdp-hb.de
Der Fachgruppenvorstand

Termine

Bremerhaven

Dienstag, 10. September 2013,
16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus,
Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 12. September
2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Bitte die Einladung für die Mitgliederversammlung der FG Senioren beachten!

Wolfgang Karzenburg





GdP Service GmbH

...einfach sparen!



Kunden werben Kunden: 20 € Reisegutschein!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von Euch nutzen bereits die vergünstigten Reisekonditionen Eurer GdP Service GmbH. Die vielen positiven Rückmeldungen über die satten Sparmöglichkeiten bei Reisebuchungen und die unkomplizierte Abwicklung über die Geschäftsstelle der GdP Service GmbH bestärken uns immer wieder in diesem Angebot.

Einfach Eure Wunsch-Urlaubsreise aus den täglich aktuellen Newsletter-Angeboten oder bei einem beliebigen Veranstalter aussuchen und über die GdP Service GmbH Bremen buchen. Nach durchgeführter Reise zahlen wir Euch einen Reisekostenzuschuss in Höhe von 5% des Gesamtpreises!!!

Als Dankeschön für Eure Treue starten wir nun mit unserer „Kunden werben Kunden Aktion“. Vielleicht kennt Ihr in Eurem Verwandten- oder Bekanntenkreis, in Eurem KollegInnen- oder Nachbarkreis Menschen, die auch gerne verreisen und bisher nicht über uns gebucht haben. Auch Eure Bekannten können dann in den Genuss des Reisekostenzuschusses in Höhe von 5% kommen.

Damit sich Eure Mühe, für uns zu werben, lohnt, erhaltet Ihr für jeden Neukunden, der selbst über uns eine Reise bucht, eine Prämie in Form eines Reisegutscheins in Höhe von 20 €! (Wir bitten um Verständnis, dass eine Kundenwerbung unter Ehepartnern nicht prämiert werden kann.)

Weitere Informationen zu diesem und weiteren Angeboten der GdP Service GmbH erhaltet Ihr über unsere Geschäftsstelle.

Mit kollegialen Grüßen

Anne Bauer
Kundenbetreuung Reisen

Tim Gelineck
Geschäftsführer

GdP Service GmbH Bremen
Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Str. 78
28195 Bremen

Tel.: (0421) 94 95 85 4
E-Mail: anne.bauer@gdp.de
www.gdp-service-gmbh.de

